

## **Stellungnahme für die öffentliche Sitzung des Kultur- und Medienausschusses zum Thema „Zukunft des Qualitätsjournalismus“ am 18. Januar 2012**

Wenn wir über Qualitätsjournalismus reden, müssen wir aus Sicht der Urheber - speziell der freien Journalisten - über Geld reden. Etwa 20.000 freie Journalisten gibt es nach Schätzungen derzeit in Deutschland. Ihr Zahl aber auch ihre Bedeutung ist in den letzten Jahren, in denen Stellen in den Redaktionen weggefallen sind, enorm gestiegen. Kaum eine Publikation die ohne Freie auskäme. Manche Magazine, werden heute nur von einer Handvoll Redakteure betreut, Texte schreiben fast ausschließlich Freie.

Freischreiber hat darauf in seiner Freiflächenkampagne schon 2009 hingewiesen.

Verstärkt Freie zu beschäftigen, auch wenn es geschieht um Kosten zu senken, muss keinen Qualitätsverlust bedeuten. Der Ausbildungsstand von Journalisten auch von Freien ist wohl so gut, wie noch nie. Gute Leute lassen sich heute leicht über das Internet finden.

Man kann also auch guten Journalismus mit einer kleinen Redaktion und Freien Mitarbeitern machen, wie etwa Brandeins. Allerdings nur wenn die Bedingungen angemessen sind.

Doch das ist immer seltener der Fall.

Ein paar Zahlen:

Eine Reportage bei einer großen Tageszeitung - und dabei ist es fast egal bei welcher - bringt heute selten mehr als 300 Euro. Dafür muss ein freier Journalist ungefähr eine Woche arbeiten. Eine Reisereportage beim digitalen Marktführer Spiegel-Online bringt 180 Euro. Und darin ist das Honorar für die Bilder schon enthalten.

Bei Regionalzeitungen ist das Bild noch düsterer. dort werden Standardberichte, aber auch Rezensionen und Theaterkritiken fast immer nach einem Zeilensatz bezahlt. Es zahlen:

- der "Mannheimer Morgen": 46 Cent pro Zeile
- der "Münchner Merkur": 41 Cent
- die "Westfälische Rundschau": 15 Cent
- die "Marburger Neue Zeitung": 10 Cent

Der bekannte Journalist Tom Schimmeck fasste die Erwerbslage für Freie bei diesen kläglichen Honoraren einmal so zusammen: "Ja, da lacht der Freie: Da braucht er nur jeden Monat einen Text von ungefähr der Länge der Bibel zu verfassen, um auf einen anständigen Lebensunterhalt zu kommen."

Der Qualitätsjournalismus wird in den Verlagen mit dem Argument sinkender Auflagen kaputtgespart.

Daran ändern auch die Vergütungsregeln, auf die sich die beiden großen Gewerkschaften und die Verlegerverbände nach siebenjährigen Verhandlungen geeinigt haben, nichts. Sie sollen eine AN-GEMESSENE Vergütung für Tageszeitungsjournalismus festlegen sind aber von einem Honorar, das auch nur die Grundbedürfnisse deckt meilenweit entfernt.

Nach den Vergütungsregeln bewegen sich er Zeilensatz - je nach Auflage des Mediums zwischen 47 und 1 Euro 65 pro Zeile. Bei einem angenommenen Mittelwert müsste ein Autor ca. 9 Zeitungsseiten im Monat alleine füllen, um auf das Gehalt einer Raumpflegerin zu kommen.

Dazu kommt, dass Verlage, die wenigstens die Vergütungsregeln befolgen fast schon eine Seltenheit sind. Bei der Frankenpost wurde sogar die Zusammenarbeit mit einer Kollegin sofort beendet, weil sie ein Honorar nach den Vergütungsregeln einforderte. Freischreiber dokumentierte den Fall.

Der ehemalige Spiegelreporter Christoph Scheuring beschreibt die Situation heute in den Medien treffend: „Das Verhalten gegenüber freien Autoren ähnelt oftmals dem Umgang mit bulgarischen Leiharbeitern. Bei identischer Bezahlung. Das alles ist möglich, weil kein Verlag die Missstände anderer Verlage anprangern würde.“

Wie soll unter solchen Bedingungen Qualitätsjournalismus möglich sein?

Diesen genannten katastrophalen Bedingungen stehen die Umsatzzahlen der großen Verlagshäuser gegenüber:

Springer: Gesamterlöste um 11,7 Prozent gestiegen. Der operative Gewinn stieg um 15,7 Prozent auf 446,3 Mio Euro.

DIE ZEIT erwartet 2012 eine Rekordauflage von durchweg 500.000 Exemplaren. Auflagensteigerung um 20 Prozent.

Und eine Meldung von gestern: Burda hat seinen Umsatz um 26 Prozent auf 2,17 Mrd. Euro gesteigert und damit das größte Wachstum seiner Geschichte erzielt.

Krisenzahlen sehen anders aus.

Dazu kommt: Die Verlage halten sich nicht an die Worte des Urheberrechts. Längst schon wird nicht mehr jede Art von Textverwertung honoriert. Buy-Out-Verträge mit denen sich Verlage gerne alle Rechte sichern auch für „heute noch nicht bekannte Nutzungsarten“ sind in der Branche längst Standard.

Außerdem sichern sich die Verlage seit neuestem auch noch die Rechte an Recherchematerial wie Mitschnitten von Interviews, die die Verlage dann gerne auf ihre Webseite stellen würden. Selbstverständlich ohne Honorar, denn mit dem Onlineauftritt würde ja kein Geld verdient. Bei Texten ist das schon lange Standard.

Buy-Out-Verträge verhindern, dass der Urheber für jede einzelne Nutzung innerhalb des Verlages bezahlt wird, wie es das Urheberrecht eigentlich verlangt. Darüber hinaus verhindert es, dass ein Autor seine Texte - wie das früher üblich war - bei anderen Publikationen zweitverwerten kann, um so das Honorar auf ein angemessenes Niveau zu bringen.

## **Die fortgeschrittene Schwächung des Urhebers hat gravierende Folgen für den Qualitätsjournalismus:**

- **Verflachung:** Texte werden nach Länge nicht nach Arbeitsaufwand bezahlt, gerne auch pauschal. Da die Honorare immer knapper werden, bleicht die Recherche auf der Strecke.
- **Verfälschung:** Viele Freie bessern die mageren Honorare durch Aufträge aus der Industrie auf, weil sie darauf angewiesen sind. So schwimmt in vielen Fällen die Sphäre zwischen Journalismus und PR.
- **Niveauperlust:** Viele begabte Schreiber und Rechercheure gehen dem Journalismus mittelfristig verloren. Es droht wie der Urheberrechtsexperte Mathias Spielkamp einmal sagte, ein „Braindrain im Journalismus“. Schon heute beklagen einzelne Journalistenschulen sinkende Bewerberzahlen.
- **Schwächung der Vierten Gewalt:** Kritischer Journalismus verlangt ein Mindestmaß an finanzieller Absicherung. Der ehemalige Chefredakteur des Handelsblatts Zisemer hat das für angestellte Redakteure, so formuliert:

"Wenn Medien nicht mehr so bezahlen können, dass die Redakteure mit ihrem Gehalt ein bürgerliches Leben führen können, dann sollten diese Medien lieber untergehen. Qualitätsredaktionen brauchen Journalisten mit einem gewissen Selbstbewusstsein, dazu müssen sie ihnen eine gewisse ökonomische Sicherheit bieten. Wie bitte soll mein Finanzredakteur ein kritisches Interview mit Josef Ackermann führen, wenn er nicht weiß, wie er am Monatsanfang seine Miete bezahlen soll?"

Man kann das ohne Abstriche auf freie Journalisten übertragen.

## **Deshalb fordert Freischreiber:**

- Einen Mindeststundenlohn für freie Journalisten, der sich an den Tariflöhnen der Festangestellten orientiert und Betriebskosten für Selbstständige berücksichtigt.
- Ein gesetzliches Verbot von Buyout-Verträgen. Diese Verträge beschneiden die Gewinnmöglichkeiten der Urheber in unzulässiger Weise und widersprechen dem Geist des Urheberrechts.
- Eine gesetzliche Informationspflicht der Verwerter gegenüber dem Urheber über die Nutzung von Werken und die Erträge daraus.
- Mehr Transparenz über die Verträge und Verteilungspläne der VG Wort sowie die Verpflichtung der Verlage, die Klickzahlen von Online-Texten freier Autoren nachvollziehbar an die VG Wort zu melden.
- Die Künstlersozialkasse ist eine wichtige soziale Absicherung für freie Journalisten. Sie muss bestehen bleiben.
- Ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist keine Maßnahme zur Sicherung des Qualitätsjournalismus. Es würde die strukturelle Ungleichheit zwischen Verlagen und freien Journalisten weiter verschärfen, und behindert neue eigene Publikationskanäle. Freie Journalisten müssen zudem befürchten, dass ein Leistungsschutzrecht ein weiteres Hindernis für die Zweitverwertung ihrer Werke mit sich bringt.